

Kammer Zeitung

Erscheint an jedem Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Insertions-Gebühr für die Zeile oder deren Raum 10 Pfg., die Reklame-Zeile oder deren Raum 35 Pfg.

Volksfreund für Kamen und Umgegend

Expedition von J. Frombach in Kamen

Bezugspreis mit der Unterhaltungsbeilage
Für's Heim
monatlich 40 Pfennig. Bei Bezug durch die Post vierteljährlich 1 Mark 25 Pfennig.

Nr. 33.

Sonnabend den 16. März 1907.

35. Jahrgang.

Erstes Blatt.

Reichstag.

Hinterbliebenen- und Privatbeamten-Versicherung.

Erste Punkt der Donnerstag-Tagesordnung war der Gesetzentwurf betr. den Hinterbliebenen-Versicherungsfonds und den Reichs-Invalidenfonds.

Staatssekretär Freiherr v. Stengel

Begründet die Vorlage, die nach § 15 des Sozialtarifgesetzes vom 25. Dezember 1902 die Ansammlung von Vollerträgen zur Erleichterung und Durchführung der Witwen- und Waisenversorgung regelt. Die Vorlage stelle den ersten Schritt für die Witwen- und Waisenversorgung dar, und sei deshalb trotz ihres geringen Umfanges von erheblicher Bedeutung. Zugleich hätten die Regierung und Reichstag Bedacht genommen, die bisherige Verwaltung des Invalidenfonds etwas sparsamer zu gestalten. Es sei nicht ausgeschlossen, daß sie in diesem Bestreben vielleicht in wenigen Jahren noch weitergehen könnten, wie sie nämlich zu gegebener Zeit sich dazu entschließen, die Verwaltung und die Kapitalbestände der Reichsbank zu übergeben; er bitte, dem Gesetzentwurf möglichst schnell die Zustimmung zu erteilen.

Abg. Camp (Npt.) sagt, Bedenken gegen die Vorlage werden wohl von keiner Seite erhoben werden. Seine Partei sei in jeder Beziehung mit ihr einverstanden; er glaube jedoch, daß eine Vereinfachung wünschenswert sei. Die eigene Verwaltung des Reichs-Invalidenfonds könnte ganz befreit und der Staatsschuldenverwaltung und den Einzelstaaten übertragen werden. — Staatssekretär Freiherr v. Stengel erklärt, die Forderung, die Fonds der Staatsschuldenverwaltung zu übertragen, sei nicht so leicht durchführbar, da nicht alle Staaten, wie z. B. Bayern, ein Staatsschuldenbuch besäßen. — Damit schließt die erste Beratung.

In der darauffolgenden zweiten Beratung wird der Gesetzentwurf in einzelnen ohne Debatte genehmigt.

Es folgt die Beratung der Interpellation der Abg. Frhr. v. Seyl und Dr. Stresemann (Natlib.) betr. die Verhältnisse der Privatbeamten.

Abg. Freiherr v. Seyl

begründet die Interpellation, in der die Regierungen befragt werden, ob das Ergebnis der Vorarbeiten zur Schaffung einer staatlichen Pensions- und Hinterbliebenenversorgung für die Privatbeamten nunmehr vorläge, und wann die in Aussicht gestellte Denkschrift dem Reichstage zugehen werde. Seine Partei könne die Regierungen nicht frei von der Mischuld erklären, wenn es auf dem Gebiete der Sozialpolitik zu langsam vorwärts gegangen sei. Seine Partei wäre dem Staatssekretär sehr dankbar, wenn er geneigt wäre, für die Weiterführung der Sozialpolitik in den Hauptpunkten ein Arbeitsprogramm zu entwerfen. Zu diesen Hauptpunkten rechne die Partei auf eine Regelung der Verhältnisse der Privatbeamten. Es werde gesagt, die Revision des Versicherungswesens sei erst möglich, wenn die drei großen Versicherungszweige zusammengelegt sein werden. Darüber könnten aber noch 10, ja noch mehr Jahre vergehen. Die Privatbeamten auf einen ungewissen Zeitpunkt verdrängen, sei höchst bedenklich. Durch Kasseneinrichtungen ließe sich Abhilfe schaffen, aber das wäre nichts durchgreifendes. Die Inflation habe vielfach ihre Beamten bei Privatgesellschaften vertrieben, aber diese Versicherung sei zunächst zu teuer. Eine baldige ausreichende Fürsorge für die Privatbeamten sei dringend notwendig. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Staatssekretär Graf Posadowsky

erklärt, in der Presse habe man bei Angriffen auf ihn von einem Automobiltampo in der sozialpolitischen Gesetzgebung gesprochen. Die Unrichtigkeit dieser Angriffe zeige sich daraus, daß heute von der bürgerlichen Partei diese Interpellation eingebracht und begründet worden sei; dabei habe man gesagt, daß die Regierungen hinterher hinkten. Auf Anfragen bei Privatbeamten seien 157 000 Antworten eingegangen, die zu einer Denkschrift erweitert worden seien. Die Hauptaufgabe für die Regierungen sei die Kostenrechnung für die verschiedenen Versicherungsarten gewesen. Das Ergebnis der Berechnung war, daß für die Witwen-, Waisen- und Heilfürsorge 19 Prozent des Jahreseinkommens für die Privatbeamten als Beiträge gefordert werden muß. Die Denkschrift werde noch heute dem Reichstage zugehen. (Lebhafter Beifall.) Wenn man das in der Denkschrift ermittelte durchschnittliche Jahreseinkommen von rund 2100 Mark zugrunde lege, so würde im Durchschnitt als Jahresbeitrag 394,50 Mark für jeden Privatbeamten zu zahlen sein, hierneben aber noch ein Betrag für Heilfürsorge nach den Bestimmungen des Invalidenversicherungsgesetzes. Nach zehn Dienstjahren würde eine Invalidenpension von 525 Mark, eine Witwenrente von 210 Mark und eine Waisenrente von 42 Mark für jedes Kind möglich sein. Nach zwanzig Dienstjahren eine Invalidenpension von 875 Mark, eine Witwenrente von 315 Mark und eine Waisenrente für jedes Kind von 70 Mark. Nach dreißig Dienstjahren würde möglich sein eine Invalidenpension von 1225 Mark, eine Witwenrente von 490 Mark und eine Waisenrente für jedes Kind von 88 Mark. Nach fünfundsiebzig Dienstjahren eine Invalidenpension von 1575 Mark, eine Witwenrente von 630 Mark und eine Waisenrente für jedes Kind von 125 Mark. Von einer Diskussion über die Denkschrift sollte man einstweilen Abstand nehmen, dagegen sich aber in die Einzelheiten vertiefen. Die Privatbeamten müßten sich klar darüber werden, inwiefern sie imstande sein werden, den finanziellen Forderungen einer solchen Zwangsversicherung zu genügen.

Abg. Sittart (Ztr.) begrüßt die Interpellation, wenn auch angesichts der Bewegung eine frühere Einbringung erwünscht gewesen wäre. Die Vorwürfe gegen den guten Willen des Grafen Posadowsky seien ungerecht. Uebrigens seien nicht die Nationalliberalen, sondern das Zentrum zuerst für die Sicherstellung der Privatbeamten eingetreten. — Abg. Pauli-Potsdam (Konsf.) meint, alle Parteien seien darin einig, daß etwas in dieser Frage geschehen müsse. Unrichtig sei es, daß das Zentrum die erste Anregung hierzu gegeben habe; das hätten die Konservativen bereits im Jahre 1900 getan. — Abg. Dr. Potthoff (Freif. Vgg.) hebt hervor, die Ausführungen des Grafen Posadowsky rechtfertigten das Vertrauen, das die Privatbeamten ihm persönlich entgegenbrächten. Erstrebte werde in erster Linie eine eigene Pensionsversicherung nach dem Muster derjenigen für die Staatsbeamten. Die ausgerechneten Beträge von 19 Proz. des Dienstseinkommens zu den Pensionsklassen seien natürlich zu hoch. Da sei wohl der Reichszuschuß vergessen, wie er zur Arbeiterversicherung gewährt werde, und wie er auch bei der österreichischen Privatbeamten-Versicherung bestehe. — Abg. Seine (Soz.) führt aus, seine Partei stehe der Sache mit Interesse gegenüber. Die Privatbeamten ständen besonders schlecht da, namentlich hinsichtlich der Sicherheit ihrer Stellung, die weit geringer als die der Arbeiterklasse sei. Es könne sich hier nur um Errichtung einer Reichsversicherungsaufstellung handeln; die Verweisung der Interessenten an die Privatversicherungen sei nicht angängig. Die Versicherung müsse obligatorisch gemacht werden. An den Arbeiten werde seine Partei sich beteiligen. — Abg. Lins (Npt.) erklärt namens seiner Partei, daß sie diesen Gegenstand für die wichtigste sozialpolitische Aufgabe der Gegenwart halte. Gerade bei den letzten Wahlen seien die Privatbeamten die sichersten und zuverlässigsten Stützen der bürgerlichen Ideen gewesen; man habe daher ganz besondere Veranlassung, sich dieser Kategorien anzunehmen. (Beifall.) — Abg. v. Saff-Jamowski (Pole) begrüßt die Denkschrift, ebenso Abg. Lattmann (Wirtschaffl. Vgg.), welcher meint, ein Reichszuschuß zu dieser Pensionsversicherung sei schon deshalb richtig, weil eine solche Versicherung im Interesse der Gesamtheit liege. — Abg. Bruhn (Deutsche Repr.) führt aus, die Mittelstandsschichten würden in ihrer Existenz immer mehr bedroht, es sei daher nur billig, wenn der Staat ihnen eine Versicherung zuteil werden lasse. Die von der Sozialdemokratie angestrebte Verquickung dieser Versicherung mit der bestehenden, für die Arbeiter geschaffenen, wolle seine Partei nicht.

Nach weiteren zustimmenden Erklärungen fand noch eine Auseinandersetzung zwischen den Abgg. Seyl und Seine statt. Dieser hatte behauptet, v. Seyl gehe in rücksichtsloser Weise durch scharfe Kontrastfragen gegen seine Angestellten vor. Abg. Freiherr Seyl zu Herrnsheim (Nat.) entgegnet, solche Verträge wären von ihm nie gebilligt worden; er habe auch keinen derartigen Vertrag unterschrieben. Nach weiteren Ausführungen der Abgg. Seine und Bebel schließt die Besprechung.

In der Budgetkommission des Reichstages

wurden vom Etatsnotgesetz am Mittwoch die die Reichseisenbahnverwaltung, das Schatzamt und den Marineetat betreffenden Positionen ohne erhebliche Debatte erledigt. Beim Marineetat erklärte Staatssekretär v. Tirpitz auf Anfrage des Frhr. v. Thüning, daß nach den Einrichtungen in der deutschen Marine eine Explosion, wie sie sich auf dem französischen Kriegsschiff „Sena“ ereignet habe, nicht zu befürchten sei. Bezüglich der Anleihepositionen wurde auf Antrag des Referenten Dr. Wiemer beschlossen, den Anleihebetrag auf den Betrag bis zu 150 Millionen Mark zu beschränken. Durch die Ziffer 16 des § 2 des Notgesetzes wird der Betrag von drei Millionen Mark in das Notgesetz eingestellt, der im Ergänzungsetz zur Gewährung außerordentlicher einmaliger Beihilfen an die am geringsten besoldeten Unterbeamten des Reichsdienstes gefordert wird. Abg. Dr. Wiemer (Freif. Vpt.) führte als Referent aus, daß eine Erhöhung des Einkommens der Beamten mit Rücksicht auf die Teuerungsverhältnisse dringend geboten sei, daß aber der Betrag von 3 Millionen Mark, bei dem nur 30 Mark auf den einzelnen Beamten entfallen, nicht ausreiche. Eine Erhöhung des Betrages aber in das Notgesetz hineinzuschreiben, sei etatsrechtlich bedenklich. Es empfehle sich vielmehr, unter Streichung von Ziffer 16 eine Resolution zu beschließen, durch welche die verbündeten Regierungen aufgefordert werden, bis zur dritten Lesung des Etats ihr Einverständnis damit auszusprechen, daß allen etatsmäßig angestellten Unterbeamten je 100 Mark und den übrigen etatsmäßig angestellten Beamten, deren Gehalt den Betrag von 4200 Mark nicht übersteigt, je 150 Mark als einmalige außerordentliche Beihilfen zuteil werden. Wenn der Reichstag sich mit den 3 Millionen Mark im Notgesetz begnüge, so sei eine spätere Erhöhung der Beträge so gut wie ausgeschlossen. — Abg. Müller-Fulda (Ztr.) begründete einen Antrag des Zentrums, der in das Notgesetz hineinschreiben will, daß 100 Mk. an Unterbeamte und 150 Mk. an mittlere Beamte, deren Gehaltsbezüge den Betrag von 3000 Mark nicht übersteigen, als Beihilfe gewährt werden. Es ist notwendig, im Notgesetz selbst eine Erhöhung der Beihilfe vorzunehmen. Schatzsekretär Frhr. v. Stengel erkannte an, daß eine Verbesserung der Beamtengehälter erforderlich sei, es müsse aber der Anschein vermieden werden, als würde die Regierung an Wohlwollen für die Beamten durch die Volksvertretung überboten. Man müsse auch auf die Deckungsmöglichkeit Rücksicht nehmen. Der Antrag Müller-Fulda sei aus staatsrechtlichen Gründen nicht annehmbar. Seine Annahme würde den Bundesrat in die Zwangslage versetzen, das ganze Notgesetz abzulehnen. Gegen den vom Referenten vorgeschlagenen Antrag lasse sich grundsätzlich nichts einwenden, die Regierung müsse sich materiell die Stellungnahme noch vorbehalten. — Abg. Dr. Arndt sprach sich

gegen den Zentrumsantrag und für den Antrag Dr. Wiemer aus. Der Betrag von 3 Millionen Mark sei unzureichend, eine Beihilfe von 30 Mark würde nur Unzufriedenheit hervorrufen und mehr als ein Trübsal angesehen werden. Bei der dritten Beratung lasse sich die Finanzlage und die Gehaltung des Etats besser übersehen, und es werde sich dann auch die Möglichkeit ergeben, mit Zustimmung der Regierung über den jetzt geforderten Betrag erheblich hinauszugehen. — Abg. Frhr. v. R. d. Hofen (Konsf.) sprach sich im gleichen Sinne aus. Darauf wurde die Weiterberatung vertagt.

Deutschland.

— Das Abgeordnetenhaus begann Donnerstag die Beratung des Kultusetats. Bei dem zunächst behandelten Titel „Ministergehalt“ fand eine Besprechung über den polnischen Schulstreik statt. Abgeordneter Stychel (Pole) erklärte, der sogenannte Schulstreik sei eine Art der Notwehr gegen die Gewalttakte der Regierung, er sei keine politische, sondern eine ethische Bewegung; Die Behörden und Lehrer gingen in polnischen Gebieten mit wahrer Luft und brutalen Gewaltmaßregeln vor, was auch im Interesse der Humanität und Kultur zu beklagen sei. Seine Partei werde aber nicht ruhen, bis die Gerechtigkeit gesiegt habe. — Kultusminister Dr. von Studt führte aus, er hoffe, daß das Haus noch auf demselben Standpunkt stehe, wie vor 24 Jahren, wo der Antrag Stabrowski, daß der ganze Volksschulunterricht in polnischer Sprache erteilt werden solle, mit großer Mehrheit abgelehnt wurde. Die Bestimmungen über Erteilung des Religionsunterrichts seien seit über einem Menschenalter in Kraft. Daraus ergebe sich, daß der Schulstreik künstlich hervorgerufen worden sei. Früher habe die polnische Presse selbst vor einem solchen Mittel gewarnt. Der Streik sei mit allen Mitteln durchgeführt worden und diene in erster Linie zur Förderung der großpolnischen Bewegung. Der ruhigen Haltung der Regierung und der Beherrschung sei es zu danken, daß der Streik allmählich zurückgeht. — Abg. von Heydebrand (Konsf.) erklärte, die polnische Majorität in Galizien gehe ganz anders gegen die ruthenische Minderheit vor, als die preussische Schulverwaltung, die nur verlangt, daß in den preussischen Schulen der Unterricht in deutscher Sprache erteilt wird. Es handle sich in erster Linie um einen Kampf gegen den nationalen deutschen Staat. — Abg. Dittich (Ztr.) führte aus, es sei durchaus zu mißbilligen, wenn der Schulstreik von irgend einer Zentralfstelle künstlich ins Leben gerufen sei. Der Wunsch nach Erteilung des Religionsunterrichts in der Muttersprache erscheine aber durchaus berechtigt. Im Interesse der Kirche, des Staates und der Familie sei zu hoffen, daß der Streik bald beendet sei. — Gegenüber der Behauptung des Abg. v. Jazdzewski (Pole), daß es der Grundsatz der katholischen Kirche sei, den Religionsunterricht in der Muttersprache zu erteilen, wies Minister Dr. v. Studt nach, daß dies durchaus nicht allgemein befolgt werde, und in dieser Verallgemeinerung auch im Tridentium nicht enthalten sei. Der Grundsatz werde immer nur von Agitatoren in bestimmten Gegenden geltend gemacht. — Nachdem die Abgg. von Sedlitz (Freif.) und Friedberg (Natlib.) noch die Hoffnung ausgesprochen, daß die Regierung auf dem bisherigen maßvollen und festen Standpunkt verharren werde, wurde die Weiterberatung vertagt.

— Die Herabsetzung der Truppenstärke in Deutsch-Südwestafrika auf 4000 Mann bis zum 30. Juli dieses Jahres hat kürzlich Kolonialdirektor Dernburg im Reichstage angekündigt. Die „Rhein.-Westf. Ztg.“ ist darüber sehr entrüstet und schreibt: „Die Herabsetzung der Truppenstärke auf 4000 Mann scheint uns verfrüht und wir würden es als einen im nationalen Interesse sehr bedauerlichen Schritt halten, wenn der Bundesrat eine derartige Vorlage dem Reichstage unterbreitete.“

Das ist einmal ein klassisches Beispiel dafür, wie mit dem Worte „national“ grober Unfug getrieben werden kann. Während des verflochtenen Wahlkampfes galt es für national, denjenigen Truppenbestand in Südwestafrika zu bewilligen, den die Reichsregierung auf Grund der militärischen Gutachten für notwendig hielt. Wenn dieselbe Reichsregierung — selbstverständlich ebenfalls im Einvernehmen mit dem Truppenführer in Südwestafrika — eine Verminderung für möglich erachtet, dann soll es mit einmal wieder national sein, den Anträgen der Regierung nicht zuzustimmen. Was ist das für eine Logik! Nach der „Rhein.-Westf. Ztg.“ wäre eine Erhöhung der Truppenzahl stets national, eine Verminderung, selbst wenn der Truppenkommandeur dieselbe zustimmte, stets antinational.

— Beim braunschweigischen Regentenschaftsrat ist, wie die „Braunschweigische Landeszeitung“ meldet, ein Protest des Herzogs von Cumberland gegen den Beschluß des braunschweigischen Landtages betr. die Regentenwahl eingelaufen.

— (Ungünstige Wahl.) Die Wahlprüfungscommission des Abgeordnetenhauses hat die Wahl des in Bielefeld gewählten konservativen Abg. Rudolf einstimmig für

ungültig erklärt. Die Wahl war schon vor längerer Zeit beanstandet und es war Beweiserhebung beschlossene worden. Die Beweiserhebung hat ergeben, daß in einem Wahlbezirk zwei Herren das Wahlprotokoll unterschrieben haben, ohne daß sie vom Wahlvorsteher durch Handschlag verpflichtet worden waren. Die Wahlmänner dieses Bezirks mußten für ungültig erklärt werden und dadurch fehlte Herrn Rudorf eine Stimme an der absoluten Majorität.

— (Die ausgesperrten Schanerleute.) Aus Hamburg wird berichtet: Die Zahl der in den Kontrolllisten eingetragenen ausgesperrten Arbeiter ist auf 4000 gestiegen. Die Leistungen der neuen Arbeiter, zu denen 300 neu angekommene englische Arbeiter hinzugekommen sind, verbessern sich täglich. Die kürzlich eingerichtete Hafenpolizei ist wieder aufgehoben worden, da sich bisher keine Zwischenfälle ereignet haben.

Ausland.

England.

— (Begnadigung von Buren.) Das Todesurteil das gegen Kettel und Folger wegen Teilnahme an dem Einfall Ferreira in die Kapkolonie vom November v. J. gefällt worden war, ist nach einer Medlung aus Kapstadt in fünfjährige Zuchthausstrafe, das Todesurteil gegen Piet Ferreira, John Ferreira und Jooste in lebenslängliche Zuchthausstrafe umgewandelt worden.

Amerika.

— Die vorläufige Verkleinerung des Risses zwischen Japan und Amerika ist Roosevelt nunmehr gelungen. Die Schulbehörde von San Francisco hat dem Präsidenten Roosevelt telegraphisch mitgeteilt, daß die Anordnung, nach welcher die japanischen Schulkinder von den übrigen getrennt wurden, von ihr zurückgezogen worden sei. In Anbetracht dessen wird Präsident Roosevelt eine Verordnung unterzeichnen, durch die der Zusatz zum Einwanderungsgesetz in Kraft gesetzt wird, der die Ausgabe von Einwanderungspässen an Kulis verbietet.

Die Katastrophe von Toulon.

Die tatsächlichen Angaben über die Katastrophe, die wir bisher veröffentlicht haben, werden durch einige Einzelheiten aus den Schilderungen der an den Ort des Unglücks gereisten Pariser Journalisten ergänzt. Ueber die Ausstellung der Leichen schreibt Anton Leroux im „Matin“: Wie viele Tote sind in diesen weißen Leinwandtüchern eingeschlossen? einer, zwei, mehrere? Die Schalter des einen, der Schalter des anderen, ein verbrannter Leinwandkissen des dritten. Menschliche Trümmer. Lesen wir einige der Zettel, die dieses

Museum des Todes

erklären: Im Zimmer des Kommandanten gefunden: ein Sosenräger, ein Messer, eine Uhr. Zahlmeistersekt gefunden vor dem Schreibtisch des Leutnants Thomas. Drei Skelette aufgereiht nebeneinander gefunden vor der Tür zur Vorratskammer usw. Eine entsetzliche Liste.

Ueber den Zustand des Schiffes berichtet der Abgesandte des „Journal“: Ueberall eine Trümmerbede von zerbrochenem Porzellan, verbrannten Stoffen, zerbrochenen Metallern, verbleibtem Holz. Die Benzergplatten haben sich gebogen und weisen fonderbare Ausbuchtungen auf. Die Zwischenräume der Etagen sind verändert. Ein Stock ist niedrig geworden wie ein Höhlengang, ein anderer ist nach oben aufgesprungen, und man sieht durch das gebrochene Holz zum Himmel. Vom Zimmer des Kommandanten Agirard ist nichts übrig geblieben als ein eisernes Bett und ein eiserner Tisch, beides ist gewunden und wie durch Riesengewalt an den Boden gedrückt. In der Nähe der Heizkammern erhebt sich ein furchtbarer Pulvergeruch. Ein klaffendes Loch in der Eisenwand gibt Luft und einen Ausblick ins Freie. Wir stecken die Köpfe hinaus und sehen auf den Grund des vom Wasser entleerten Bassins. Die Männer sind an der Arbeit, menschliche Reste aus den Trümmern hervorzuholen.

Das Telegramm des Kaisers an den Präsidenten Fallieres über das Unglück in Toulon hat nach dem „Petit Parisien“ folgenden Wortlaut: Tief bewegt durch die Katastrophe im Hafen von Toulon, die so viel Opfer unter Ihren braven Seeleuten gefordert hat, sende ich Ihnen, Herr Präsident, den Ausdruck meiner tiefsten Teilnahme an der Trauer des französischen Volkes.

Der Konteradmiral ist wie durch ein Wunder der Katastrophe entkommen und hatte die traurige Pflicht, dem Marineminister die Ueberlebenden vom Panzer „Jena“ vorzuführen. Er begann seine kurze Ansprache bei dieser Gelegenheit mit den Worten: „Herr Minister, ich habe die Ehre, Ihnen hier vorzustellen, was von der Mannschaft der „Jena“ noch übrig ist“, und rühmte dann die Pflichttreue der Toten wie der Ueberlebenden. Der Minister, der seine tiefe Bewegung nicht unterdrücken konnte, versprach, daß die Republik für die Familien der Opfer sorgen würde. — Die Zahl dieser Opfer ist jetzt mit ziemlicher Sicherheit festgestellt. Hundertachtzehn Mann sind ver schwunden, achtundvierzig liegen verwundet im Hospital.

Ueber die Ursache der Katastrophe

gehen die Ansichten noch immer auseinander, doch mehren sich die Stimmen, die der Ansicht meines Gewährsmannes beistimmen, der, wie telegraphiert, dem Pulver B die Hauptrolle an dem Unglück zuschrieb. Man führt heute dafür zum Beweise an, daß die Explosionen genau in der Art erfolgten, die für das Pulver typisch ist, und erzählt, daß die Offiziere des Schiffes schon gekauert hatten, wir werden bald einmal in die Luft gehen. Auf die Richtigkeit dieser Hypothese scheint unmittelbar auch die Meldung zu deuten, daß der Chefingenieur Viel, der Erfinder des rauchlosen Pulvers B, nach Toulon berufen ist, um an den Arbeiten der Untersuchungskommission teilzunehmen.

Weiter wird aus Toulon gemeldet: In der Nacht wurde in der Munitionskammer des Hinterschiffes der „Jena“ ein Knall furchtbar verbrannt und verstämmelter Leichen gefunden, deren Zahl auf annähernd 50 geschätzt wird. — Die meisten Verwundeten leiden furchtbar, haben fast durchweg hohes Fieber und müssen sorgfältig gepflegt und überwacht werden, da sie jeden Augenblick im Fieberdelirium die Verbände von den Brandwunden reißen. Einem Berichtshatter zufolge ist es möglich, daß eine Pulverliste offen geblieben und durch einen von Kurzschluß herrührenden Funken zur Explosion gebracht worden ist.

Der Tag für die Beerdigung der Opfer ist noch nicht endgültig festgelegt. Es besteht die Absicht, auf dem Kirchhof von Toulon ein monumentales Mausoleum zum Gedächtnis der Opfer errichten zu lassen.

Westfalen und Rheinland.

Ramen, 16. März. (Verschiedenes.) Die königliche Regierung hat unterm 15. d. Mts. eine Verordnung, betr. Bestrafung der Schulverfehlungen und zwangsweise Zuführung zur Schule erlassen. Dasselbe tritt am 1. April d. J. in Kraft und die unterm 21. Dezember 1895 erlassene mit diesem Tage außer Kraft. Die Bestrafungen fließen den Schulverbänden zu. Diefelben sind zur Anlegung und Unterhaltung von Schülerbibliotheken und, sofern hierfür ausreichend gefordert ist, zur Bervollständigung der erforderlichen Lehrmittel zu verwenden.

(Knappschaffliches.) Aus der letzten Vorstandssitzung bietet folgendes für die Allgemeinheit Interesse: Die am 27. März d. J. auf Anregung des Allgemeinen Deutschen Knappschaffsverbandes in Köln stattfindende Versammlung der Knappschaffsvereine für Rheinland und Westfalen zwecks Erörterung der Frage, ob von der Möglichkeit, welche das Allgemeine Berggesetz gibt, Gebrauch gemacht und ein Knappschaffsverband gebildet werden soll, soll durch den Vorstand, die Verwaltung und den Versicherungsmathematiker des Vereins beschickt werden, damit möglichst alle Vorstandsmitglieder eine Information über die Vor- und Nachteile eines derartigen Verbandes erhalten. An dieser Zusammenkunft werden auch Kommissare des Herrn Ministers und der königlichen Bergämter sowie Versicherungsmathematiker teilnehmen. Der Antrag der Sarpener Bergbau-Alt.-Ges., der Allgemeine Knappschaffsverein möge in der Gemeinde Mettler ein Krankenhaus errichten oder einen Zuschuß zu den Kosten eines Krankenhauses bewilligen, wird abgelehnt.

Doverferge, 16. März. Der Leseverein hält kommenden Sonntag einen Unterhaltungsabend ab. Acht bekannte deutsche Märchen, darunter das Schlaraffenland, Tischlein deck dich, Dornröschen, Schneewittchen und Rotkäppchen werden in Lichtbildern vorgeführt.

Breiten 16. März. Der Turnverein „Deutsche Treue“ beschloß in seiner am Sonntag dem 3. März 1907 abgehaltenen General-Versammlung, sein diesjähriges Stiftungsfest am Sonntag dem 2. Juni 1907, bestehend in Preis- und Ehrenpreiswettren zu feiern.

(Tortmund, 14. März. (Verschiedenes.) Im kommenden Frühjahr wird mit den Arbeiten zur Umwandlung des westlichen Friedhofes in einen Volkspark begonnen werden. Zunächst wird der westliche Teil, der jetzt ziemlich verwildert ist, durch Wegeanlagen erschlossen.

Dortmund, 14. März. (Schwurgericht.) Unterschlagung im Amte führte den am 5. Dezember 1867 geborenen Stadtfeldftr Friedr. Wendler von hier auf die Anklagebank. Derselben wurde vorgeworfen, in den Jahren 1903 und 1905 Beträge in Höhe von 800 bzw. 900 Mark, die ihm anvertraut waren, unterschlagen und Urkunden vernichtet zu haben, um sich einen Vermögensvorteil zu verschaffen. Die Geschworenen sprachen den Angeklagten des Verbrechens im Amte und der Unterschlagung in je einem Falle schuldig. Das Urteil des Gerichtshofes lautete auf 1 Jahr und 1 Monat Zuchthaus und 3 Jahre Ehrverlust. Gegen Wendler wurde sofort ein Haftbefehl erlassen.

Bochum, 14. März. (Betrag beim Briestauben-Wettfliegen.) Die Straßammer hat den Bergmann Hein von Holsterhausen wegen Betrugs zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte hatte eine seiner Briestauben, die sich an einem Wettfliegen beteiligte, vorher den Fußring abgezogen und sie dann in eine höhere Flugklasse eintragen lassen. Als er dann als erster den Ring vorzeigte und die Taube als heimgekehrt meldete, wurde der Betrag entdeckt. Im Zusammenhang damit hatte der Angeklagte auch unbefugt eine ihm günstige Eintragung in das Flugregister gemacht.

(Verloren, 14. März. Zu der tödlichen Vergiftung durch den Genuß von Mirabellen ist noch mitzuteilen, daß die Leiche der so früh verstorbenen Frau Hotelbesitzer Jäger zur Beerdigung freigegeben worden ist. Es hat sich herausgestellt, daß der Inhalt der Konserndbüchse ursprünglich in gesundheitsförderlicher Beziehung einwandfrei war, denn andere Personen, die aus derselben Büchse genossen hatten, verspürten keine Nachteile. Lediglich dem Umstand ist der traurige Fall zuzuschreiben, daß die angebrochene Büchse längere Zeit offen aufbewahrt wurde und so sich offenbar giftige Pilze an der Oberfläche der Mirabellen bildeten, deren Wahrnehmung der unglücklichen Frau entgangen ist. Deshalb Vorsicht beim Genuß von Konsernen.

(Hagen, 14. März. (Erstickt.) Der Lumpensortierer B. von hier wurde auf seiner Arbeitsstelle erstickt aufgefunden. B. litt schon seit Jahren an Epilepsie und scheint Dienstag wieder einen derartigen Anfall gehabt zu haben. Man nimmt an, daß er in dem Anfall mit dem Gesicht in die Lumpen fiel und so erstickte.

Hagen, 15. März. (Gebäudeeinsturz.) Gestern vormittag gegen 10 Uhr waren an den früher der Witwe Höfer gehörigen alten Säulern in der Sternstraße, die wegen des Eisenbahnbaues abgebrochen werden mußten, eine Anzahl italienischer Arbeiter beschäftigt. Plötzlich geriet nun eine noch aufrecht stehende Mauer ins Wanken, Geröll und Balken stürzten zusammen und begruben einen der Arbeiter unter sich. Die anderen konnten sich durch schnelle Flucht noch in Sicherheit bringen. Man nahm sofort die Rettungsarbeiten für den Verschütteten auf, aber leider konnte er nur als Leiche zutage gefördert werden. Dr. Böttich, der alsbald an die Unfallstelle gerufen wurde, stellte fest, daß der Tod durch Erstickung eintrat. Der Mann hatte mit dem Gesicht nach unten in dem Geröllhaufen unter Balken und Mauerresten gelegen. Man brachte die Leiche nach dem Leichenhaus in Altenhagen.

(Halver, 15. März. (Im Tode vereint.) Zwei Geschwister, beide bereits über 70 Jahre, folgten einander in hiesiger Gemeinde unmittelbar in den Tod. Der ältere Bruder, der Rentner Wilhelm Enneper zu Wilhelmshöh, im 75. Lebensjahr stehend, starb am Sonntag. Noch ehe derselbe dem kühlen Schoße der Erde übergeben wurde, folgte ihm im Tode seine um etwas jüngere Schwester, Witwe Ludwig Lausberg hier, die im 71. Lebensjahre stand.

(Sielefeld, 15. März. (Sein Kind erschossen.) In Uffeln bei Blotho hat gestern der Arbeiter Klode im Streite mit dem Zimmermann Fromme aus Versehen sein dreijähriges Kind erschossen. Der unglückliche Vater wurde verhaftet.

März, 15. März. (Erschossen.) Gestern morgen fand man in der Nähe von Schacht 5 den Steiger Theissen erschossen in seiner Handkurre liegen. Man nimmt Selbstmord an.

Köln, 14. März. Die Genidkarrre scheint hier keine weiteren Opfer zu fordern. Es sind Neuerkrankungen bei dem 7. Infanterie-Regiment und 65. Infanterie-Regiment nicht mehr vorgekommen. Der Zustand der noch im hiesigen Garnisonlazarett an Genidkarrre erkrankt liegenden beiden Kanonieren ist befriedigend. Der Lazarettarzt hofft, die Erkrankten zu retten. Bei dem zuletzt in das Lazarett eingelieferten Soldaten der 10. Kompanie des 65. Infanterie-Regiments ist die Krankheit nicht festgestellt worden. Gestern nachmittag wurde der an Genidkarrre verstorbenen Kanonier Schindmann unter zahlreicher Teilnahme der Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften des 7. Infanterie-Regiments beerdigt.

— Mannheim, 15. März. Sechs Volkskühler haben von der Straßammer wegen Diebstahls Gefängnisstrafen von zwei Tagen bis zu 2 Monaten erhalten.

Die Giftmischerin aus dem Riesengebirge.

Bei außerordentlich starkem Andrang des Publikums begann Donnerstag vor dem Schwurgericht in Hirschberg die Verhandlung in der sensationellen Grunauer Giftmordaffäre. Auf der Anklagebank erscheint die etwa 60jährige Chauffeewärterin Feige aus Grunau bei Hirschberg, die des vierfachen Giftmordes angeklagt ist. Die Angeklagte wird beschuldigt, folgende Personen vergiftet zu haben: 1. die am 28. März 1906 verstorbene Schneiderrin Bräuner, 2. den am 22. Juli 1903 verstorbenen Arbeiter Josef Janitschok, 3. ihre Stiefmutter, die am 3. November 1899 verstorbene Witwe Christiane Müller, und 4. ihre Schwägerin, die am 31. März 1897 verstorbene ledige Weberin Friederike Feige. Außer diesen Fällen besteht der Verdacht, daß die Angeklagte noch eine Reihe weiterer Personen mittels Gift aus der Welt geschafft hat.

Schon als die Anklage in den oben angeführten vier Fällen erhoben war, hat man auf dem Kirchhof einige weitere Leichen ausgegraben. Im ganzen besteht bisher der Verdacht, daß die Angeklagte in sieben Fällen mit der heimtückischen Waffe des Giftes zu Werke gegangen ist. Als Motiv für ihre Handlungsweise nimmt es sich um einziehende ältere Personen, die im Besitz eines kleinen Vermögens sich befanden und bei den Feigischen Chelenten in Pension genommen waren. Die Angeklagte soll dann in allen Fällen die Leute bestimmt haben, ihr ihr Vermögen testamentarisch zu vermachen. Bald nachdem dies geschehen war, sind dann die Leute unter recht merkwürdigen Erscheinungen gestorben und jedesmal war dann die Frau Feige die alleinige Erbin. Die Untersuchung hat sich infolge der immer wieder weiter ausbrechenden Verdachtsmomente und notwendig erscheinenden Ausgräbungen über ein Jahr lang hingezogen. Man hat nun zunächst wegen der vier Fälle Anklage erhoben. Zu der Verhandlung ist ein außerordentlich großer Zeugenapparat aufgetrieben, da die Angeklagte jede Schuld in Abrede stellt und infolgedessen ein vollständiger Indizienbeweis von der Anklage geführt werden muß.

Neueste Nachrichten

(W. Continental-Telegraphen-Kompagnie (Wolffs Bureau). H. Hirschberg Telegraphisches Bureau; E. Privatmeldungen.)

Eine neue furchtbare Grubenkatastrophe.

W. Zorbach, 16. März. Auf der Grube Klein-Rosfeld (Lothringen) ereignete sich nach Mitteilung der Bergwerksdirektion gestern Abend eine schwere Schlagwetter-Explosion. Etwa 80 Personen waren eingefahren. Von diesen sind 77 geborgen, davon 65 tot und 12 schwer verletzt.

H. Zell, 15. März. Der Obersteiger Glimmer, Stelger Holler und der Bergingenieur Ritsch wurden von einer Lawine überrascht. Besterger konnte sich retten, die beiden anderen wurden verschüttet. Eine Bergung der Leichen ist noch nicht möglich.

H. Stettin, 15. März. Der Provinzial Landtag hat 10000 Mark für das Linienschiff „Pommern“. Die Zinsen von 8000 Mark sollen zur Erholung, die von 2000 Mark zur Schaffung einer Schiffsbibliothek verwendet werden. Das Verfügungsrecht erhält der jeweilige Schiffscommandeur.

H. Posen, 15. März. Hier wurde ein 21jähriger Burche, welcher in dem dringenden Verdacht steht, die zahlreichen Brandstiftungen, durch welche die Stadt vor mehreren Monaten in große Aufregung versetzt wurde, ausgeführt zu haben. Es ist ein bereits im Zuchthaus vorbestrafter Mensch.

W. Toulon, 15. März. Bis jetzt wurden 107 Leichen der auf der „Jena“ Verunglückten geborgen.

Aus aller Welt.

— Cines weiteren Mordes bezichtigt. Wie die Münchener Neuesten Nachrichten melden, erhebt sich der dritte gende Verdacht, daß der des Mordes an dem Kaufmann Jendischel verdächtige Zirkeldirektor Niederhoffer auch die Berliner Prostituierte Frida Franke in der Nacht vom 31. Mai zum 1. Juni in Junsbrud ermordet und beraubt hat.

— Ueberfallen worden ist ein Passenbote in Amsterdam auf dem Wege von der Bank, wo er Geld einliefert hatte, nach dem Kontor seiner Firma, vermutlich von internationalen Taschendieben. Er wurde seiner Geldtasche mit fünfundfünfzigtausend Gulden in Banknoten beraubt. Die Firma setzte einen Preis von fünf tausend Gulden auf die Ergreifung des Diebes aus.

— Von ungeheuren Schneeverwehungen wird aus Meldungen aus Serajewo ganz Westbosnien heimgefuhr. Weite Strecken sind mit hohen Schneemassen bedeckt, die mitunter eine Höhe von fünf Metern erreichen. Der Verkehr ist für mindestens eine Woche unterbrochen.

Man hat es nicht nötig noch wie anno dazumal tagelang auf dem Waschbrett sich abzuquälen und die Wäsche aufzuwärmen, oder aber sich mit einer der zahlreichen teuren, komplizierten und doch unvollkommenen Waschmaschinen zu behelfen so gut und schnell wie eben geht. Die einzig richtige Methode der Wäsche reinigung war die „mit der Hand“ (ohne Waschbrett) und heute ist es die „Weltwunder“-Waschmaschine, denn diese ist die einzige Maschine, welche die Wäsche, ohne anzugreifen, auf natürliche Weise — wie mit der Hand — reinigt und diejenige Maschine, auf welcher sich das Nachwaschen mit der Hand erübrigt. „Weltwunder“ ist deshalb anerkannt die beste und billigste Waschmaschine.

Verantw. Redakteur Fr. Meyer, Ramen.

Damen-Jacken, Damen-Kragen, Damen-Mäntel

sind in grosser Auswahl eingetroffen.

Kamen. F. W. Heineke.



Es hat Gott dem Allmächtigen gefallen, heute nachmittag 3 1/2 Uhr meinen lieben, guten Vater, Schwiegervater und Grossvater, den Leibzüchter

Wilhelm Neuhoft

nach langem Leiden im Alter von 70 Jahren zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Um stille Teilnahme bitten

Die trauernden Hinterbliebenen.

Kaiserau b. Courl, den 14. März 1907.

Die Beerdigung findet am Sonntag dem 17. März, nachm. 5 Uhr in Methler statt. z343



Nachruf!

Dienstag vormittag verschied nach längerer Krankheit unser lieber Kamerad und Vorstandsmitglied, der Anstreichermeister

Wilh. Fickermann.

Sein strebsames Wirken im Verein wird unter uns in dauerndem Andenken bleiben.

Lerche, den 14. März 1907.

Die Mitglieder und der Vorstand
des Schützenvereins Lerche.

3393

Dauerhafte und sauber gearbeitete

Särge

sowie sämtliche Leichenwäsche u. Kränze hält stets auf Lager

W. Hillmann, Westentor.

Bekanntmachung.

Wir haben Veranlassung, die §§ 261 und 301 des Feld- und Forst-Polizei-Gesetzes zur Beachtung in Erinnerung zu bringen, wonach mit Geldstrafe bis 50 bezw. 150 Mark oder mit Haft derjenige bestraft wird, wer unbefugt Steine, Scherben, Schutt oder Unrat auf Grundstücke wirft oder in dieselben bringt, fremde Privatwege oder deren Zubehörungen beschädigt oder verunreinigt oder ihre Benutzung in anderer Weise erschwert.

Insbesondere wird von vielen Gartenanliegern beim Reinigen der Gärten Unrat usw. auf die Fuß- und Feldwege geworfen.

Wir werden im Betretungsfalle die Kontravenienten nicht nur unumwunden zur Bestrafung bringen, sondern auch die Befestigung der Uebelfälle fordern.

Kamen,

Die Polizei-Verwaltung: v. Basse.

Sämtliche Kolonialwaren vorrätig bei J. Brombach.



Haus- u. Grund- stück-Verkauf.

Die den Erben des verstorbenen Zimmermeisters Kasp. Fione gehörenden Immobilien sollen am Donnerstag d. 21. d. M., morgens 10 Uhr,

in der Gilmann'schen Wirt-schaft öffentlich meistbietend zum Verkaufe ausgesetzt werden und zwar:

1. Flur 28 Nr. 65, Hofraum mit Wohnhaus, Bahnhof-strasse Nr. 43, 4 ar 70 qm groß, mit hinterliegendem Gar-ten, Flur 28 Nr. 59, zur Größe von 5 ar 30 qm.

2. Flur 1 Nr. 220, auf den Froschpoten, Nr. 26, 34 ar groß, in der Nähe der Kreis-strasse nach Heeren belegen.

Bei annehmbarem Gebot er-folgt der Zuschlag sofort.

Kamen, den 12. März 1907.

Im Auftrage:
F. Heimeier.



Haus- Verkauf!

Ich beabsichtige mein vor 6 Jahren neu erbautes

einstöckiges Wohnhaus

aus Eichen- und Ziegelfein-Fach-werk nebst 160 Ruten Garten-land unter günstiger Bedin-gungen zu verkaufen.

Niederaden. 3457

Ernst Stoverock.

Eine schöne

Wohnung

von 3 bis 4 Zimmern nebst Keller und Stall auf sofort od. später an eine ruhige Familie zu vermieten. 328

Werner Chaussee 158.

Eine

Wohnung

von 3 Zimmern, Keller u. Trocken-boden zu vermieten.

Wo, sagt die Geschäftsstelle.

Ein Mädchen

aus achtbarer Familie mit gut. Schulbildung im Alter von 15 bis 18 Jahren für Kontor-Arbeiten wird per 1. April gesucht. 3177

Zu erfragen in der Geschäfts-stelle dieser Zeitung.

Heu

zu verkaufen. 320

Karl Neumann,
Oberberge Nr. 145.



Gute, 6 Wochen alte

Ferkel

hat immer abzugeben

Barenbräuker.

Durchforstungs- Holz-Verkauf

Weddinghofen.

Montag den 18. d. Mts. wollen Unterzeichnete für die Frau Wwe. Gutsbesitzer W. Schulte-Belme in Belme in ihren in der Gemeinde Weddinghofen an guten Abfuhrwegen belegenen Waldungen lagernd, folgendes in Haufen zusammengelegtes Durchforstungsholz und zwar:

1. Morg. 9 1/2 Uhr am sog. „Rappenberg“, nahe beim Be-sitzum des Bergmanns W. König liegend, 5 Rrn. zu Gerüststangen, Draht- und Baumpfählen brauchbare Rot-tannen, sowie 45 Rrn. zu Frechtungs- u. Brennholz dienliches Eichenstangenholz, sodann

2. Morg. 11 1/2 Uhr im sog. „Littgeholz“, in der Nähe von Brinkfischer Dünker belegen, 10 Rrn. Rottannen u. 42 Rrn. Eichenstangen, von gleicher Güte und zu denselben Zwecken wie vor passend.

haufenweise öffentlich meistbietend gegen Kredit verkaufen.

Zusammenkunft beim Wirt H. Spielhoff in Weddinghofen oder je an Ort und Stelle.

Kamen.
Reinhard, Gerdtz,
322 Auf.

Rottlee

Weißflee

Gelbflee

Schwedenflee

Grassaat

Wiesen- u.

Weideneinsaat

holl. Pflanzbohnen

vorrätig bei

F. Brüninghaus,

Kaiserau. 346



C. Holtmann, Kamen

Bahnhofstr. 58,

empfiehlt 340

Evgl. Gesangbücher

in grosser Auswahl.

Mit Goldschnitt von 3 Mk. an.

Sursum corda

von 1.20 Mk. an.

- Namen-Aufdruck gratis. -

Flechtenfranke

trockene, nässende Schuppenflechten und das mit diesem Uebel verbundene, so unerträgliche Juckjucken, heile unter Garantie (ohne Verursachung) selbst denen, die nirgends Heilung fanden, nach langjähriger praktischer Erfahrung. Herstellung patentantlich geschützt Nr. 63 781. R. Groppler, St. Marien-Drogerie, Charlottenburg, 149 Kant-Strasse 97. 6718



ist die Einzige welche das Handwaschen nachahmt

und dadurch also eine eben-so gründliche, dabei aber mehrfach schnellere und leichtere Reinigung bei größter Schonung der Wäsche erzielt.

Mark 16, 25, 27,50, 30, 42.

Tausende von Anerkennungen!

12 Goldene Medaillen, 3 Ehren-Diplome,
2 Grand Prix.

Um die großen Vorzüge und die außerordentlichen Vorteile der

„Weltwunder-Waschmaschine“

den hies. Hausfrauen vor Augen zu führen, veranstalte ich am

Samstag, 23. März 1907

von 10-12 vorm. und 4-6 nachm.

ein öffentliches

Probe-Waschen

in meinem Geschäftslokal, zu dem ich hiermit freund-lichst einlade. 347

Kamen. C. Müller.

Machen Sie einen Versuch mit

Hellmich's

Ausstell. Paris 1885: Gold-Medaille. Paris 1904: Ehren-diplom, Ehrenkreuz u. gold-Medaille. Antwerpen 1904: Grand Prix und goldene Medaille.

Berlin 1904: Ehrendiplom und gold. Medaille. Von vielen Aerzten bestens empfohlen.

Eigenhänd. Dankschreiben des Fürsten Bismarck 1885. Gegründet 1863.

von A. Hellmich in Dortmund.

Nur echt zu haben à Flasche zu 1 Mk. 25 Pf

in Kamen: Kaufmann J. Brombach,

„Lünen: Wirt Dieder. Volkmann,

„ „ „ Carl Schmitz,

„ Brambauer: Wirt Plaas.

348t

Selbstgeschmiedete Grabeschüppen

empfiehlt Kamen. 340

F. Heckmann.

Thomas- phosphatmehl

wieder vorrätig. 255

C. Römer,

Kamen, Weststrasse 23.

Porzellan- waren

Apfelsinen

empfiehlt

J. Brombach.

2 Pferde (Pony) und ein Federwagen

zu verkaufen. 1337

Landstrop Nr. 114.

Osternann's Ziegelei.

Marktpreise.

Neuß, den 15. März 1907.
Produktenbörse.

		Schäfer	Schäfer
Weizen	100 Kilo	18,50	17,50
roggen	„	16,80	15,80
Hafer	„	17,20	16,70
Rübsöl in Partien	„	71,00	—
„ 100 Stk.	100	67,00	—
do. fahweise	„	71,00	—
gerahigtes Del	„	73,00	—
Neel (Rübsen)	„	27,50	26,50
Raps	„	28,50	27,50
Rübölchen	1000	123,00	—
in Klein. Partien	„	126,00	—
Maschinenfroh	500	18,00	—
Fliegebruch	„	20,00	—
Heu	50	3,00	2,30
Luzerner Heu	„	3,40	—
Kleien	50 Kilo	5,50	—
Kartoffeln	„	4,00	3,00
Butter	1	2,50	—

Grosser Räumungs-Ausverkauf wegen Neu-Einrichtung meiner Verkaufshäuser mit 20% Rabatt.

Ich stelle zum Verkauf von meinem grossen Lager zu diesem ganz aussergewöhnlich billigen Angebot: Zirka 50 komplette Zimmerreinrichtungen jeder Holz- und Stilart, Salons, Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer, eine grosse Menge diverser Einzelmöbel, Sofas, Sessel, Stühle etc., grosse Posten Gardinen, Stores, Rouleaux, Dekorationen, Teppiche etc.

Vorzüglichste Einkaufs-Gelegenheit für Brautpaare.

Südstr. 6 u. Königstr. 51-53 **W. Landmann, Möbelfabrik, Hamm i. W.** Gegründet 1848.

Fabrik: Caldenhoferweg 22. Telephon Nr. 22.

Am Sonntag, dem 17. ds. Mts., nachmittags 4 Uhr, findet in dem Saale des Wirts Lunke in Methler ein

Vortrag

über elektrische Beleuchtung und Kraftverwendung statt, wozu die Interessenten aus den Gemeinden des Amtes Unna-Kamen eingeladen werden.

Der Amtmann: Sabass.

Lese-Verein Overberge.

Sonntag, d. 17. März, abends 7 1/2 Uhr, im Saale des Herrn Wirt Haarmann

Lichtbilder.

Acht deutsche Märchen.

Die Anlieferung und Einplanierung von 300 cbm Kesselsche, 150 cbm grauen Schlackensand für den Schulplatz in der Kaiserau ist sofort zu vergeben. Angebote werden bis zum 20. ds. Mts. erbeten. Unna, den 11. März 1907.

Der evangl. Schulvorstand Methler: Sabass, Amtmann.

Ostern kommt!

Allerneuestes für die Osterzeit!

Quedlinor-Papier.
Kein Farbigen der Hände und Gefässe, einfach im Gebrauch.
Küverts enth. 10 Blatt (Ostereier nach Deliller Art und mit bunten Bildern verzierend.)

Ostara-Papier
Brauns'sche Eierfarben
in bekannter Güte.
Käuflich in Drogeriehandlg., Apotheken etc.
Man achte auf die Bezeichnungen: Quedlinor-Papier, Ostara-Papier, Brauns'sche Eierfarbe.

Ohlendorff's echter Peru-Guano

„Füllhornmarke“

ist neben Stallmist bekanntlich das vorteilhafteste u. sicherst wirkende Düngemittel.

Vorsicht bei Angebot von billigeren Marken.

Große Auswahl!

Größtes Lager in allen Sorten Särgen prima Arbeit in jeder Länge, in Metall, Eisen, Buchen, Tannen etc. Holz, sowie sämtlichen Artikeln zur inneren und äußeren Sargausstattung.

Auf Särge, Leichenwäsche u. Kränze habe ich bedeutende Preisermäßigung eintreten lassen.

Ludwig Knieper, Schreinermeister, Kamen, Nordstr. No. 7.

NB. Bitte auf Namen und Nummer zu achten!

Billige Preise!

Größtes Lager in Blatt-, Moos-, Perl- und Metall-Kränzen. Blumen, Blättern und Schleifen.

Frische Kränze nur auf Bestellung.

Schulte-Oestrich & Hilgenstock Nachf.,

Inhaber: Peter Gross. CAMEN, Nordenmauer 37 **Baumaterialien-Handlung, Steinhauerei,**

Lager in: Flur- u. Wandplatten, Ton- u. Zementröhren, Treppenstufen, Krippen, Spül- und Schleifsteinen, Zement, Gips, Schwemmsteinen, feuerfesten Steinen etc. Weiss- und Wasserkalk. Ausführung von: Marmor-, Terrazzo-, Zementbeton- u. Asphalt-Arbeiten jeder Art. Spezialität: Grab-Denkmal in Marmor, Syenit u. Sandstein.

Fr. Matthia KAMEN, Weststr. 10. Buch- und Papierhandlung, Bureau-Artikel, Galanterie- und Lederwaren. Buchbinderei.

Spezialität: Bilder-Einrahmungen unter Garantie für absol. Staubficherheit. Größte Auswahl: Bilder, Bilderleisten u. Rahmen jeder Art. Prompte Bedienung. Billigste Preise.



Fahrräder, erstklassig, direkt von der Fabrik, an Private und Händler von Mk. 65 an. **Zubehörteile,** prima Mäntel von ca. Mk. 4, Luftschläuche von Mk. 2.80 an. **Reparaturen,** fremden Fabrikaten prompt u. billigt. Katalog gratis und franko. Duisburger Fahrradfabrik „Schwalbe“ Akt.-Ges. Duisburg-Wanheimerort. Gegründet 1896.

Handschuhe

aller Art färbt, reinigt 649? Färberei Galluschke, Kamen, Weststr. 88. Dortmund, Westenhellweg 191.

Delfuchen Trockenträger Kleie Gerstenmehl Bollmehl

empfehlen C. Römer, Kamen, Weststr. 23.



L. Kosanetzky, Kamen, Markt.

Belzwaren

in allen Belzarten als: Jutis, Marber, Nerz, Stunks Bisam, Thibet usw. Stets das Neueste in Hüten, Mützen u. Schirmen etc. Reparaturen an Schirmen billig **Spazierstöcke Tornister (nur echt Leder) Hosenträger Portemonnaies Kämme Kleider- und Kopfbürsten Taschenspiegel Mundharmonikas Leinen- und Papierwäsche Kragenschoner Glace-Handschuhe Winterhandschuhe für Herren.**

Bepin-Magen-Bittern von Ernst L. Arrp, Kiel, ist das feinste diätetische Genussmittel, vielfach prämiert mit 1. Preisen und ärztl. empfohlen. Fr. Hausmann, Restaurant Kamen.

Evangel. Arbeiter-Verein KAMEN.

Sonntag den 17. März, nachm. 5 Uhr, im Vereinslokal.

Monats-Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Zahlung der Beiträge. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Verschiedenes. Der Vorstand.

1 Pianino 1 Harmonium

wenig gebraucht billig zu verkaufen H. van Bremen, Dortmund, Heiligerweg 15.

Nur echte **Henkel's Bleich Soda** Garantiert chlorfrei gibt u. hält blendend weisse Wäsche

Bims die Hände mit Abrador

Kirchliche Nachrichten.

Größere ev. Gemeinde. Sonntag den 17. März. Morgens 8 Uhr: Frühgottesdienst. Pastor Vertelsmann. Morgens 10 Uhr: Hauptgottesdienst. Pastor Tummes. Prüfung der Konfirmanden von Pastor Tummes. 2 Uhr: Prüfung der Konfirmanden von Pfr. Vertelsmann u. Boigk. **Ev. Gottesdienst in Hünth** Sonntag den 17. März, vormittags 9 Uhr. Prüfung der Konfirmanden. Mittwoch den 20. März, nachm. 5 Uhr. Passionsgottesdienst.

Vereine und Versammlungen. (Gemeindehaus der ev. Gemeinde) **Männer- u. Jünglingsverein** Sonntag 8 1/2 Uhr: Versammlung. Freitag 9 Uhr: Bibelstunde. **Jungfrauen-Verein.** Sonntag 4 Uhr: Versammlung. **Missions-Frauen-Verein.** Montag 8 Uhr: Versammlung. **Blau-Kreuz-Verein.** Sonntag 5 Uhr: Bibelstunde. Dienstag 8 1/4 Uhr: Bibelstunde. Freitag 8 1/4 Uhr: Gebetsstunde. **Evangel. Vereinshaus für Stadtmission.** (Offenfeldmarkt 44.) Sonntag 5 Uhr: Gesangl. Gem. Sonntag 7 Uhr: Bibelstunde. Montag 8 Uhr: Bibelstunde. Freitag 8 Uhr: Gebetsstunde. **Versammlungen in Overberg** Sonntag 2 Uhr: Kindergottesdienst in der neuen Schule. Sonntag 5 Uhr: Versammlung. Schneidermeister Bürger. Donnerstag 5 Uhr: Passionsandacht in der neuen Schule.



Billig!		Billig!		Billig!		Billig!		Zugaben!	
Schweineschmalz	57	Leberwurst	50	Limburg. Algäuer	38	Brot	50 u. 100	in riesiger Auswahl auf Margarine, Kaffee, Malzkaffee u. Brot. Zirka 80 Filialen.	
Speck geräuchert	77	Gess. Leberwurst	60	Tilsiter vollfetter	80	Kaffee	von 75 an		
Eier (dicke) 15 Stück	100	Blutwurst	50	Edamer	80	Margarine in all. Prieslag.			
Gess. Preßkopf	95	Thür. Rotwurst	60	Mainzer 4 Stück	10	Molkereibutter i. P.	130		

Holbutko! Weststrasse u. Nordstr.-Ecke. Holbutko!

Kamener Zeitung

Volkshfreund für Kamen und Umgegend

Expedition von J. Grombach in Kamen

Bezugspreis mit der Unterhaltungsbeilage
für's Heim
monatlich 40 Pfennig. Bei Bezug durch die
Post vierteljährlich 1 Mark 25 Pfennig.

Nr. 33.

Sonnabend den 16. März 1907.

35. Jahrgang.

Zweites Blatt.

Reichstag.

Erster Gegenstand der Tagesordnung vom Mittwoch war das am 19. September 1906 in Bern abgeschlossene zweite Zusatzabkommen zum Internationalen Übereinkommen über Eisenbahnverkehr vom 14. Oktober 1890 nebst dem Vorschlagsprotokoll, welches nach empfehlenden Worten des Präsidenten des Reichseisenbahnamts Dr. Schulz in erster Lesung und darauf auch in zweiter Lesung angenommen wurde.

Darauf wird die Besprechung der Interpellationen betr. die Revision der Strafprozessordnung fortgesetzt.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (Frs. Vp.)

Ist nach wie vor der Meinung, daß die Schwierigkeiten, die der Reform entgegenstehen, im „Berliner Kaskadenwäldchen“ ihren Sitz hätten, daß Preußen mit dem Hilfsrichternwesen weiter wirtschaften wolle und kein Geld für Verbesserung auf diesem Gebiete übrig habe. Redner bedauert dann, daß der zweite Interpellant gestern geäußert habe, daß von einer Ausdehnung des süddeutschen Reservats mit der Aburteilung der Pressesachen durch Schwurgerichte nicht die Rede sein könne; er hoffe, daß Preußen hierin dem Beispiele Süddeutschlands folgen werde. Er bitte den Reichskanzler, diese Frage seinem Reformprogramm einzuverleiben. Bei der Auswahl der Geschworenen und Schöffen müßte auch in Preußen etwas liberaler vorgegangen werden. Ueber die Gewährung von Diäten an Geschworene und Schöffen habe der Staatssekretär geschwiegen. In der Beurteilung des Vorverfahrens seien alle Parteien einig. Dringend nötig sei auch eine gründliche Reform des Eideswesens. Der Gewissenszwang der Dissidenten müsse aufgehoben werden. Auch eine Habeas corpus-Akte sei dringend geboten, wobei auch die Immunität der Abgeordneten berücksichtigt werden müsse. An der Forderung der Berufung gegen die Urteile der Strafkammern habe er nach wie vor fest. Unheilvoll wäre es, wenn man die Berufung an das gleiche Gericht zuließe. Das abhängige Hilfsrichtertum, besonders in Preußen, müsse möglichst bald beseitigt werden. Der kleinliche Formalismus müsse bei der Lösung aller dieser Aufgaben ferngehalten werden. (Beifall links.)

Staatssekretär Dr. Nieberding

führt aus, er würde glauben, den Rahmen der Interpellationen zu überschreiten, wenn er die wichtigen von Dr. Müller erwähnten Fragen hier erörtern wollte; er wolle daher nur auf einige Fragen sich beschränken. Betreffs der Schwurgerichte könne er ihn beruhigen, die Gestaltung derselben solle bleiben wie sie jetzt sei, einerseits Geschworene, andererseits Richter. Wenn der Redner vermittle, daß er (Nieberding) sich über den Stand der Strafprozessordnung nicht geäußert habe, so habe er gestern ja ausdrücklich erklärt, daß das Reichsjustizamt die Zwischenzeit benutzte, um die Strafprozessordnung auf ihre Einzelheiten zu prüfen, um den Aufbau dieser neuen Strafprozessordnung fertig zu bringen, sobald die Grundlage der Gerichtsverfassung geschaffen sei. Ueber die Diätenfrage für die Geschworenen und Schöffen habe er deshalb nicht gesprochen, weil die Frage erst im Rahmen der neuen Strafprozessordnung zur Entscheidung kommen solle. Wenn aber ein Beschluß des Reichstags dahin gehe, daß eine solche Entschädigung jetzt schon vor der Fertigstellung der neuen Strafprozessordnung an Geschworene und Schöffen, die auf Grund der jetzigen deutschen Gerichts-Verordnung fungieren, erfolge, so könne er sagen, daß dieser Beschluß derzeit im Bundesrat vorliege, der Bundesrat aber einen Beschluß noch nicht gefaßt habe.

Abg. Dr. Varenhorst (Npt.) freut sich, daß die Schwurgerichte in der bisherigen Form beibehalten werden sollen. — Abg. Dr. von Mieczkowski (Pole) hofft, daß durch die Reform der Strafprozessordnung die schlimmsten Mängel beseitigt werden. Das Hauptpostulat seiner Partei sei die Wiedereinführung der Berufung gegen die Strafkammer-Urteile. — Abg. Roth (Wirtschaftl. Vgg.) wünscht in erster Linie die Heranziehung des Laienlements zu den Strafkammern. Eine genügende Anzahl von Laienrichtern werde man schon finden, wenn Diäten bewilligt würden. — Abg. Dove (Freis. Vgg.) spricht ebenfalls den Wunsch auf baldige Vorlegung der Strafprozessreform

aus, und ist dem Staatssekretär dankbar dafür, daß er ausführte, die Schwurgerichte sollten erhalten bleiben. — Abg. Werner (D. Npt.) will, daß das Reichsjustizamt auf ein schnelleres Tempo einschlage. Bezüglich der bisherigen Handhabung und Gestaltung der Polizeiaufsicht sei eine gefühlige Milderung nötig. Das beweise der Fall des Hauptmanns von Köpenick. Die Heiligkeit des Eides müsse mehr berücksichtigt werden; statt des Boreides müsse der Nacheid nach genauer Protokollierung eingeführt werden. — Abg. Storz (D. Vpt.) beklagt sich über die zu sehr anschwellenden Gerichtskosten.

Darauf wird ein Schlußantrag gestellt. Das Bureau bleibt bei der Probe und Gegenprobe zweifelhaft, deshalb findet ein Sammelgespräch statt. 121 Abgeordnete stimmen für, 133 gegen den Schluß. Die Debatte geht also fort. Die Verlesung des Ergebnisses wird von dem Hause mit stürmischer Heiterkeit begrüßt, die noch andauerte, als Staatssekretär Dr. Nieberding die Tribüne bestiegen hat.

Nach einer Nichtigstellung des Abg. Stadthagen (Soz.) wünscht Abg. Dr. Hedfcher (Frs. Vgg.), Arbeiter und Minderbemittelte als Schöffen und Geschworene heranzuziehen. Die Arbeiter wären stolz, wenn ihnen derartige Funktionen übertragen würden. — Staatssekretär Dr. Nieberding erklärt, eine Zurücksetzung des Arbeiterstandes hinter andere Bevölkerungskreise sei nicht beabsichtigt. Die Frage der Vorbildung spreche auch in dieser Frage mit. — Abg. Dr. Hedfcher (Frs. Vgg.) erwidert, unter den Millionen von Arbeitern würden genügend Personen zu finden sein, die dieses Amt übernehmen. — Abg. Singer (Soz.) stellt fest, daß überall, wo Arbeiter und Sozialdemokraten zu Richtern berufen würden, die ganze Welt voll des Lobes über ihre Objektivität sei. Protestieren müsse er dagegen, daß die neue Mehrheit hier wiederholt versucht habe, die Ehre der Arbeiterklasse herabzusetzen. — Abg. Dr. Wagner (Konf.) führt aus, die Sozialdemokraten seien nicht die Vertreter der deutschen Arbeiter. Singer sei etwas ganz anderes als ein Arbeiter. — Abg. Dr. Müller-Meinungen (Frs. Vpt.) protestiert in scharfster Weise gegen die Äußerung Singers, daß die neue Mehrheit die deutsche Arbeiterschaft beleidigt habe. Seine Partei vertrete mindestens ebenso gut oder besser die Interessen der Arbeiter wie Singer. (Sehr wahr! links.) Seine Partei besitze wenigstens die Gerechtigkeit, auch die Sozialdemokraten zur deutschen Arbeiterschaft zu zählen. Eine Zusammenschließung von Sozialdemokratie und Arbeiterschaft aber weise er im Namen von hunderttausenden von Arbeitern zurück. Redner schließt: Wenn die Sozialdemokratie in dieser Weise, wie Singer, uns vollkommen unmotiviert angreift, so weise ich dies einfach als Verleumdung zurück. (Lebhafter Beifall.) — Abg. Stadthagen (Soz.) konstatiert, daß die bürgerlichen Parteien es gewesen sind, die die Anträge der Sozialdemokraten auf Einführung von Diäten für Schöffen und Geschworenen abgelehnt hätten. — Abg. Kretz (Konf.) protestiert auch dagegen, daß die Sozialdemokratie, wie im Wahlkampf sich als Vertreter der deutschen Arbeiterschaft aufspiele. — Abg. Jund (Natlif.) legt zur Steiner der Wahrheit dar, daß die Arbeiter in Sachsen sich als Geschworene und Schöffen sehr gut geeignet hätten. Nach weiterer Debatte wird die Besprechung geschlossen.

Die Katastrophe der „Jena.“

Nach einer vom Marineministerium veröffentlichten Nachricht betrug die Zahl der an Bord des Linienschiffes „Jena“ befindlichen Personen rund 630. Von diesen sind unverletzt geblieben 407 Seeleute und 24 andere Personen; im Hospital befinden sich 44. Die Zahl der geborgenen Opfer beträgt etwa 50; 114 werden vermißt, d. h. sie sind wohl ebenfalls tot. Die meisten Opfer sind Bretonen. Die Bremer Zeitungsredaktionen, welche Einzelheiten über das Unglück durch Maueranschlag bekanntgeben, sind unaufhörlich von einer angsterfüllten Menge, insbesondere Frauen, umlagert, deren Angehörige auf der „Jena“ dienten.

Dem „Journal des Debats“ zufolge halten berufene Marinekreise die Annahme, daß die Explosion auf der „Jena“ durch Selbstentzündung des Pulvers herbeigeführt wurde, für unbegründet. Man sei eher geneigt, an einen verbrecherischen Anschlag zu glauben, und stützt diese Ansicht darauf, daß die Explosion im Hinterdeck erfolgte, wo sich die Offizierskabinen befinden, und zwar nach der Ruhepause vor dem Abvort, also in einem Augenblicke, wo

zur Vorbereitung des Anschlages Zeit war. Ferner wird aus Toulon berichtet, daß, wie heute festgestellt wurde, in der Stadt selbst eine ganze Menge Granatküde niedergefallen sind. — Die „Jena“ liegt im Dock bis zur Wasserlinie im Wasser. Der Zustand des Schiffes ist besser, als man hoffte; es liegt gerade, ohne Neigung, beim ersten Anblick würde man es noch für unversehrt halten. Der Vorderteil des Schiffes ist unversehrt. Minister Thomson hat sich auf einer von den Rettungsmannschaften provisorisch hergestellten Treppe in das Innere der „Jena“ begeben. Privatpersonen ist der Zugang zu den Kais streng untersagt, da man Befürchtungen bezüglich der inneren Deckung hegt, die bei starkem Menschenandrang einstürzen könnten. Der Besuch des Ministers dauerte fast eine Stunde. Nach demselben ließ sich der Minister die überlebenden Offiziere der „Jena“ vorstellen und fragte jeden einzelnen nach seiner Auffassung und seinen Eindrücken von dem Vorgang. Danach begab sich der Minister zu den im Marinehospital liegenden 36 Verwundeten.

So ernst die Beschädigungen der „Jena“ auch sind, so meinen einige Offiziere doch, daß eine Wiederinstandsetzung des Schiffes möglich sei, und es dann, wenn auch nicht mehr in der aktiven Schlachtflotte, so doch als Küstenverteidigungs- oder Schulschiff verwendbar sein würde. Ueber die Ursachen sowohl als über die Einzelheiten der Katastrophe hat noch nichts Bestimmtes festgestellt werden können; denn die Augenzeugen, Offiziere und Matrosen, machen lauter abweichende Aussagen in Bezug auf die Anzahl der Detonationen und der Richtung, in der sie wahrgenommen sind, so daß diese Aussagen keinen bestimmten Anhalt für eine Erklärung der Katastrophe ergeben. Die Meinung des Volkes bringt die Explosion mit der des Pulver-Magazins von Lagoubran im Jahre 1898 im Zusammenhang, die ebenfalls viele Opfer forderte, weil es sich bei beiden um gleichartiges Pulver und um dieselbe Jahreszeit, den Monat März, handelt. Mit der Untersuchung der Angelegenheit ist eine Kommission unter dem Voritze des Admirals Jermine beauftragt worden.

Der Steward des Admirals Manceron, der an der Stirn durch Glas splitter verletzt ist, gibt folgende

neue Schilderung von der Katastrophe:

Ich befand mich, erzählt er, im Speisezimmer bei meiner gewöhnlichen Beschäftigung, es war 11½ Uhr mittags. Plötzlich erfolgte eine heftige Explosion in den Räumen unter dem Speisezimmer und unter dem Wohnzimmer des Admirals. Die Scheiben zersprangen und ein heftiger Rauch drang von allen Seiten ein und benahm mir den Atem. Ich fühlte, daß ich an der Stirn verwundet war, das Blut hinderte mich am Sehen. Ich stürzte in das Zimmer des Admirals, dem man soeben den Kaffee brachte, und benachrichtigte ihn von der drohenden Gefahr. Er eilte aus dem Zimmer; ob er verwundet war, ist mir nicht erinnerlich. An Bord herrschte eine unbeschreibliche Verwirrung. Die Leute waren in das Dock hinabgesprungen oder waren durch die Gewalt der Explosion hineingefleudert worden, und es ist möglich, daß diejenigen, die sich nicht bei dem schrecklichen Sturz den Schädel zerschmetterten, durch den an Bord herrschenden Rauch erstickten.

Beileidskundgebungen.

Der Deutsche Kaiser hat an den Präsidenten Fallières aus Anlaß der „Jena“-Katastrophe ein herzliches Beileidstelegramm geschickt. Der deutsche Botschafter war persönlich im Elisee erschienen, um sein Beileid zum Ausdruck zu bringen. — An den Marineattaché Admiral Siegel hat der Kaiser das nachstehende Telegramm gerichtet: Sprechen Sie in meinem Namen dem französischen Marineminister das tiefste Mitgefühl aus, aus Anlaß der furchtbaren Katastrophe an Bord der „Jena“. Möge der Herr die armen Unverwundeten trösten. Admiral Manceron ist mir persönlich bekannt.

Wilhelm.

Der Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Tirpitz hat durch den Marineattaché in Paris der französischen Marine das Beileid der deutschen Marine zu dem „Jena“-Unglück ausgesprochen. — Der Papst hat dem Bischof von Trejus und Toulon den Ausdruck seines lebhaften Beileids zu dem schweren Unglücksfall, der die französische Nation und Flotte betroffen hat, übermitteln lassen.

Aus aller Welt.

— Der älteste deutsche Reichstagswähler, Peter Benz, wohnt in Ruppach bei Kusel (Pfalz). Er ist 104 Jahre alt, begab sich aber trotzdem am Tage der Wahl mit dem Rufe: „Wenn der Kaiser ruft, darf keiner fehlen!“ zur Urne. Die Nachricht von der wackeren Tat des Alten ging damals durch die Presse und lenkte die Aufmerksamkeit weiter Kreise und schließlich auch die der höchsten Stelle auf ihn. Am 3. März, am Tage seines 104. Geburtstages, erhielt, wie bereits berichtet, der brave Alte vom Kaiser eine Tasse aus der königlichen Porzellanmanufaktur mit dem Bilde des Kaisers zum Geschenk. Gleichzeitig lief ein Brief des Reichskanzlers ein, der folgenden Wortlaut hatte: „Nachdem ich gehört habe, mit welchem Pflichtgefühl Sie in Ihrem hohen Alter noch an der letzten Reichstagswahl teilgenommen haben, möchte auch ich unter den Gratulanten zu Ihrem 104. Geburtstag nicht fehlen. Möchte Gottes Gnade, die Sie weit über die gewöhnliche Grenze des Menschenlebens hinaus bewahrt hat, auch ferner über Ihnen walten. Allen deutschen Wählern aber möge Ihr ehrwürdiges Bild zum Beispiel dienen. Reichskanzler Fürst

Bilow.“ Peter Benz hat 36 Urenkel, unter denen Leute von 29 Jahren sind. Bis zum 100. Jahre hat er noch fleißig im Felde gearbeitet und beim Mähen manchen Jungen beschämt.

— Ein ungleiches Liebespaar. Ein sonderbares Liebesverhältnis hat in Berlin ein blutiges Ende genommen. Der 66 Jahre alte pensionierte Lokomotivführer Wilhelm Weber erschöpfte dort aus Eifersucht seine Geliebte, die 24 Jahre alte Plätterin Ida Heine, und dann sich selbst. Weber wohnte früher in Braunschweig. Dort stand er mit Ida Heine seit 6 Jahren in Beziehungen, die seiner Behauptung nach lediglich freundschaftliche waren. Die junge Plätterin kam vor 1½ Jahren nach Berlin, wo ihre ältere Schwester in Alt-Moabit ein Blumengeschäft betreibt. Nach dem Tode seiner Frau siedelte auch Weber nach Berlin über. Unterdessen hatten die beiden Schwestern in der Havelbergerstraße eine gemeinsame Wohnung bezogen. Die Beziehungen zwischen dem ungleichen Paar wurden jetzt sehr intim. Der alte Mann wollte mit seiner Geliebten zusammenziehen, davon aber wollte das Mädchen nichts wissen. Weber glaubte nun, daß ihn Ida Heine hintergehe. Dienstagabend 7 Uhr suchte er seine Geliebte auf, während deren Schwester noch in ihrem Laden war. Als

Helene Heine zwischen 10 und 11 Uhr nach Hause kam, fand sie ihre Schwester und Weber tot auf dem Fußboden liegen. Der Eifersüchtige hatte seine Geliebte, die sich, nach ihren Verletzungen zu schließen, heftig gewehrt haben muß, durch einen Schuß in den Kopf und sich durch einen Schuß in die Brust getötet.

— Liebesstragödie. In einer Bahnunterführung der Breslauer Umgebungsbahn haben sich nachts, von einem Tanzvergnügen heimkehrend, aus unlöslichem Liebeskonflikt der Schlosser Fritz Gringer, der Bäcker Alfred Knapp und das von beiden geliebte Dienstmädchen Elfriede Glad mit einem und demselben Revolver erschossen.

— Der Dampfer „Lucie Boermann“, welcher am 13. Januar in dichtem Nebel an der Rüste von Lome gestrandet war und für dessen Rettung nur geringe Hoffnung bestand, ist jetzt durch den dem nördlichen Bergungsverein gehörenden Dampfer „Berthilde“ wieder flott gemacht worden und liegt gegenwärtig auf der Reede von Lome. Das Schiff wird voraussichtlich zunächst nach der französischen Kolonie Dakar geschleppt, um dort repariert zu werden.

Verantw. Redakteur Fr. Meyer, Kamen.
Druck und Verlag von C. May in Hörde

Deutschland.

— Die Budgetkommission des Abgeordnetenhaus hielt am Mittwoch ihre erste Sitzung ab. Nach vorausgegangener Generaldiskussion wurde der entscheidende § 2 der Vorlage in folgender Fassung angenommen: Die Auffindung und Gewinnung der Steinkohle, des Steinsalzes, sowie der Kali-, Magnesia- und Borfalte nebst den mit diesen Salzen auf der nämlichen Lagerstätte vorkommenden Salzen und Solquellen steht allein dem Staate zu. Der Staat kann das Recht zur Auffindung und Gewinnung des Steinsalzes, der Kali-, Magnesia- und Borfalte und der Solquellen an andere Personen übertragen. Die Übertragung soll in der Regel gegen Entschädigung und auf Zeit erfolgen. Ferner wurde beschlossen: „Das Bergwerkeigentum an den Steinkohlenfeldern bleibt dem Staate bis zum Höchstbetrage von 250 Maximalfeldern vorbehalten. Dasselbe wird ihm durch den Minister für Handel verliehen. Diese Verleihung muß binnen sechs Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes nachgesucht und binnen weiteren sechs Monaten ausgesprochen werden. Die sonstigen Steinkohlenfelder sind anderen Personen auf deren Ansuchen zum Zweck der Anlage und des Betriebes von Bergwerken zu übertragen“. Die Kommission behielt sich die Entscheidung über die hierfür zu schaffenden Garantien vor. — Die Beratung soll in der nächsten Woche fortgesetzt werden.

— Kompetenzkonflikt zwischen Abgeordnetenhaus und Herrenhaus. Die Beamtenpensionsgesetze sind bekanntlich von der Staatsregierung zuerst dem Herrenhause vorgelegt worden. Das Abgeordnetenhaus sieht darin eine Umgehung der Verfassung, da Artikel 62 der Verfassung bestimmt, daß Finanzgesetze nur erst dem Abgeordnetenhaus vorgelegt werden müssen. Es vertritt die Ansicht, daß das Abgeordnetenhaus in dieser Frage die Staatsregierung interpellieren will. In Herrenhauskreisen ist man jedoch der Meinung, daß eine Verfassungswidrigkeit nicht begangen ist, da es sich um eine Novelle für ein bestehendes Gesetz handelt und solche Novellen schon früher dem Herrenhause zuerst vorgelegt worden sind.

(Die 3 freisinnigen Fraktionen.) Der in Frankfurt a. M. eingesezte sogenannte Einigungsausschuß für die drei freisinnigen Fraktionen ist, wie schon gemeldet, am Sonnabend zum ersten Mal nach der Reichstagswahl zusammengetreten. Gegenstand der Verhandlung bildete eine informatorische Aussprache über die Zweckmäßigkeit und Möglichkeit, die freisinnigen Vereine im Lande unter Aufrechterhaltung ihrer parteipolitischen Selbstständigkeit dauernd oder von Fall zu Fall zu bestimmten wahlpolitischen Aktionen zu vereinigen; ferner wurde die von der Frankfurter Zusammenkunft noch unerledigt gebliebene Frage einer Delegiertenversammlung größeren Stiles erörtert. Auch über das Verhältnis der drei freisinnigen Parteien zu den Nationalliberalen wurde in eine unverbindliche Aussprache eingetreten.

— (Der Haager Friedenskongreß.) Die Vorbereitungen für den Friedenskongreß im Haag fangen nun an, Gestalt zu bekommen. Der Köln. Btg. wird von ihrem Petersburger Korrespondenten gemeldet, das russische Programm für die Haager Friedenskonferenz enthalte folgende Punkte: Das Haager Abkommen zur friedlichen Erledigung der internationalen Streitfälle soll in denjenigen Punkten verbessert werden, die von der Beständigkeit der Haager Friedenskonferenz und von der internationalen Untersuchungskommission handeln. Das Haager Abkommen über die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges soll durch neue Bestimmungen über den Beginn der Feindseligkeiten, über die Rechte der Neutralen zu Lande und über andere Punkte abgeändert werden. Es soll ein Abkommen ausgearbeitet werden über die Gesetze und Gebräuche des Seekrieges, namentlich über folgende Fragen: Operationen des Seekrieges sowie Bombardement von Häfen und Seeplätzen, Leugung von Seeminen usw. Der russische Entwurf enthält ferner Vorschläge, die die Handelsmarine betreffen: Die Umwandlung von Handelsschiffen in Kriegsschiffe, die Gewährung von Fristen für die Handelsschiffe der Kriegsführenden zum Verlassen neutraler und feindlicher Häfen nach Beginn der Feindseligkeiten. Ferner sollen behandelt werden die Fragen des Privateigentums der Kriegsführenden auf See, die Rechte und Pflichten der Neutralen im Seekriege, darunter die Frage der Kriegskontributen, die Behandlung der Schiffe der Kriegsführenden in neutralen Häfen und die Versenkung neutraler Frachten im Notfall. Es soll das Haager Abkommen dahin ergänzt werden, daß die Anwendung der Grundzüge der Genfer Konvention auf den Seekrieg noch schärfer zum Ausdruck gebracht werde, als dies im Jahre 1864 geschehen ist.

Von irgend einem Vorschlage, der auf die brennende Frage der Abrüstung oder Begrenzung der Kriegsausgaben hinzielt, ist — wie die Aufzählung der Programmpunkte beweist — nicht die Rede. Wenn England es also wirklich so dringend mit der Abrüstung meint, wird es selbst die Initiative zu solchen Vorschlägen ergreifen müssen.

— (Schmerzensgeld und Rente für Biewald.) Das Oberlandesgericht zu Breslau verhandelte die Zivilprozeßsache des Arbeiters Franz Biewald, dem beim Krauswall am 19. April 1906 von einem nicht ermittelten Schuttmann die linke Hand abgeschlagen wurde, gegen die Stadtgemeinde Breslau. Biewald verlangt auf Grund des Tumultgesetzes vom 11. März 1850 eine einmalige Entschädigung (Schmerzensgeld) von 5000 Mark und eine lebenslängliche Rente von jährlich 1200 Mark. Das Landgericht hatte am 27. Oktober 1906 zugunsten Biewalds entschieden und seine Klage dem Grunde nach gerechtfertigt erklärt. Hiergegen hatte die Stadtgemeinde Berufung eingelegt, die jedoch erfreulicherweise verworfen wurde. Auch das Oberlandesgericht entschied, daß nach dem Tumultgesetze die Stadtgemeinde verpflichtet sei, Biewald zu entschädigen. — Biewald wird demnach in der Lage sein, frei von drückenden Sorgen leben zu können. In welcher Höhe sein Anspruch anerkannt wird, ist Sache weiterer Gerichtsbeschlüsse. Jedermann wird sich darüber freuen, daß der unglückliche Mensch nicht auch noch materiellem Ruin anheimfällt.

Russland.

Russland.

— (Ein mißglücktes Attentat.) Ein junger Mann in Studentenkleidung machte heute mit einem Revolver einen Mordanschlag auf den Gouverneur Ninski Kossakow, der aber mißlang. Der angebliche Student hatte sich bei dem Gouverneur eingeführt unter dem Vorwand, diesem eine Einladung zu einem Konzert zu überbringen. Der Gouverneur, der rechtzeitig die Absicht des jungen Mannes erkannte, packte ihn an der Kehle und hielt ihn fest, bis andere Leute herbeieilten, die den Verbrecher unschädlich machten. In seinen Taschen wurden noch mehrere Revolverpatronen gefunden.

England.

— Ob das große englische Schlachtschiff „Dreadnought“ die Erwartungen, die an seinen Bau geknüpft sind, erfüllt oder nicht, darüber werden die widersprechendsten Nachrichten verbreitet. Während die Marinebehörde selbst sich von den Probefahrten des Riesenschiffes als äußerst befriedigt stellt, lauten die inoffiziellen Meldungen wesentlich anders. So teilt der „Daily Chronicle“ nach mehreren an Bord des Schlachtschiffes „Dreadnought“ geschriebenen Privatbriefen folgendes mit: Die im Maschinenraum erzeugte Hitze ist so außerordentlich groß, daß das Maschinenpersonal besonders in den Tropen darunter sehr zu leiden hat. Die Größe des „Dreadnought“ bewirkt, daß er in der Manövrierfähigkeit gegenüber kleinen Schiffen zurücksteht. Für Nachtmanöver ohne Lichter in geschlossener Formation ist „Dreadnought“ ganz ungeeignet.

— (Eine neue Schießvorrichtung für die Kriegsschiffe.) Wie der „Daily Chronicle“ meldet, ist die englische Admiralität mit der Prüfung einer Schießvorrichtung beschäftigt, durch die, wie der Erfinder behauptet, absolute Zielgenauigkeit bei jedem Wetter gesichert sei. Man habe guten Grund zu glauben, daß die Regierung die Absicht habe, diese Erfindung an den Geschützen ausproben zu lassen.

— (Die versöhnten Buren.) Bei einem Festmahl, das von der Bürgerschaft zu Ehren des neuen Transvaaler Ministeriums veranstaltet wurde, hielt Premierminister Louis Botha eine Rede, in der er sagte, die britischen Interessen seien in den Händen des Ministeriums vollkommen sicher. Die Welt werde sehen, daß die Regierung von Transvaal so besorgt um die Ehre der englischen Flagge sei, als es ein Ministerium nur sein könne. Ueberdies seien die Transvaaler von tiefer Dankbarkeit erfüllt, weil König Eduard, die britische Regierung und das britische Volk ihnen in einer in der Geschichte einzig dastehenden Weise vertraut hätten, indem sie dem Volke von Transvaal eine freie Verfassung gewährten. Die Buren würden diese Großherzigkeit niemals vergessen. Wenn dann auch in der Oranjer-Kolonie eine direkt verantwortliche Regierung errichtet sei, werde das Ministerium bestrebt sein, auf ein geeinigtes Südafrika hinzuarbeiten.

Westfalen und Rheinland.

Witten, 15. März. (Ueberrfahren.) Mittwoch wollte der Knecht S. Meiland dem Wasserwerke im Sudern eine Kohlenfuhr zufahren. Er glitt im Straßenschlamm aus, wurde überfahren und sofort getötet.

Hierlohn, 14. März. Aus Unvorsichtigkeit erschoss sich Dienstag abend der Besitzer einer Nadelfabrik. Beim Reinigen seines Jagdgewehrs entlud sich die Waffe und die Kugel drang in die Brust, die den sofortigen Tod herbeiführte.

Lüdenscheid, 15. März. Vergiftet hat sich der Brennstoffmeister der Schnapsbrennereifirma Hegemann in Oßberghaus. Der Mann hatte Untersuchungen bei der Firma begangen. Um der drohenden Strafe zu entgehen, versuchte er sich zunächst zu erhängen, als ihm dies mißlang, trank er konzentrierte Salzsäure. Er ist bereits gestorben.

Münster, 14. März. (Ein böies Weib.) Die Ehefrau Sp., die schon 30 Mal wegen Körperverletzung oder Sachbeschädigung auf der Anklagebank gestanden hat, beschloß wieder in zwei Fällen die hiesige Strafkammer. Zunächst hatte sie gegen ein schöffengerichtliches Urteil, in dem ihr wegen Mißhandlung und Beleidigung einer Nachbarin eine Gefängnisstrafe von 2 Wochen und eine Geldstrafe von 10 Mk. zubilligt waren, Berufung eingelegt. Die Sp. hatte ihre Nachbarin, die sie angeblich im Verdacht hatte, einen häßlichen Klatsch über sie aufgebracht zu haben, mit einem Schlüssel ins Gesicht geschlagen. Die Strafkammer verworft die Berufung der Angeklagten. — Der zweiten Anklage lag folgender Fall zugrunde: Am 12. November vor. Js. sah die Sp. mit mehreren Frauen, die zum Gericht gewesen waren und nun ihr Zeugengeld verneigten, in einer Wirtsch. Nachdem sie sich an einer gehörigen Anzahl Schnäpse, Steinhäger usw. gelabt und noch einige Glas Bier daraufgesetzt hatte, bekam sie mit einer anderen Frau Streit, sodaß sie schließlich gewaltsam an die Luft gesetzt werden mußte. Wie der Wirt hatte sie sich einen dicken Stoß geholt und machte sich nun daran, dem Wirt die sämtlichen Fensterscheiben einzuschlagen. In diesem neuen Sport zeigte sie eine erstaunliche Geschicklichkeit; ehe man sich versah, waren von ihr für 100 Mark Scheiben zertrümmert. Als sie in ihrem Zerstörungsdrang von einem herbeigerufenen Polizeiergeanten gestört wurde, wandte sie sich gegen diesen und schlug auf ihn ein. Die üblichen Beleidigungen fehlten natürlich auch hier nicht. Das Urteil, welches das Schöffengericht über diese Leistungen abgab, lautete wegen Hausfriedensbruchs, Sachbeschädigung, Beamtenehrendung, Widerstandes und Mißhandlung des Polizeibeamten auf vier Monate und drei Wochen Gefängnis. Die Strafkammer senkte nunmehr die Strafe auf drei Monate herab, weil die Verurteilung wegen der Mißhandlung des Beamten, wegen fehlenden Strafantrages, aufgehoben werden mußte.

Berlin, 13. März. (Warnung für Auswanderer.) Auf Veranlassung des Agenten Gergolet sind mehrere Familien, die größtenteils aus den Regierungsbezirken Düsseldorf und Arnberg stammten, nach Sao Paulo in Brasilien ausgewandert. Diese Familien haben bei den Vertretern des Deutschen Reiches darüber Beschwerde geführt, daß die ihnen vor der Abfahrt von Gergolet gemachten Versprechungen nicht erfüllt seien. Namentlich ist ihre Erwartung, daß die Regierung in Sao Paulo ihnen ohne eine Anzahlung ein Koloniallos zuweisen werde, geklärt worden. Auch die Angaben über Klima, Bodenbeschaffenheit und Arbeitslöhne sollen sich bei der Ankunft als unrichtig herausgestellt haben. Die Regierung von Sao Paulo, als deren Bevollmächtigter sich Gergolet in seinen Angeboten an die Auswandererlustigen ausgegeben hatte, bestreitet, irgend etwas mit

Gergolet zu tun zu haben. Der Auswanderungsagent Gergolet hat sich von Ponte-Chiasso nach Marseille begeben, wo er angeblich sich niederzulassen gedenkt.

Warendorf, 13. März. (Drillinge.) Dem Damenschneider Drinmann hierseits wurden Drillinge geboren. Die neuen Erbenbürger, 2 Mädchen und 1 Knabe, sind gesund und normal entwickelt. — Duisburg, 13. März. (Tot aufgefunden.) Auf einem Gelände an der Hafenstraße wurde gestern morgen von zwei Fabrikarbeitern die 45jährige Witwe Orfad tot aufgefunden. Spuren eines gewaltsamen Todes waren an der vollständig entleerten Leiche nicht zu finden. Die amtliche Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen.

Wachen, 15. März. (Kind ausgelegt.) In der Saarländ. fand eine Arbeiterfrau im Schneegestöber ein etwa 6 Wochen altes Knäblein, welches dort ausgelegt worden war. Die unnatürlichen Mutter hat man noch keine Spur.

Strasbourg, 15. März. Allen Impfsügnern wird die Pflicht angedrungen, daß nach jezt erfolgter amtlicher Feststellung sämtliche, auch die erkrankten, aber später geheilten Opfer der Pockenepidemie in Metz und Vororten nicht geimpfte Personen waren.

Strasbourg, 15. März. (Das Unglück in der Kinderkrippe.) In Niedermünsterbach tritten sich in der Wohnstube mehrere Kinder des Adlers Jnd. Ein 5jähriger Knabe ging in ein Nebenzimmer, holte eine scharf geladene Jagdflinte und schoss in seine Gewissheit hinein. Von der Schrotladung wurden 3 der Kinder getroffen, zwei davon tödlich.

Besiedelung der deutschen Kolonien.

Der zweite Sitzungstag der Plenarversammlung des gegenwärtigen Reichstages brachte am Montag den 13. März eine von merkwürdiger kolonialpolitischer Rundgebung dieser Körperschaft. In dem ersten Gegenstand der Tagesordnung: „Die Besiedelung unserer Kolonien“ wurde folgende Resolution eingebracht:

Der Deutsche Landwirtschaftsrat erklärt: Es liegt sowohl im Interesse des deutschen Volkstums wie der heimischen Volkswirtschaft, daß die deutschen Auswanderer nicht im fremden Volkstum untergehen und das Ausland wirtschaftlich stärken, sondern in den Kolonien des Mutterlandes sich einen neuen Wirkungskreis suchen. Deshalb muß zunächst eine tatkräftige und zielbewußte Entwicklung der Landwirtschaft in den dafür geeigneten Kolonien herbeigeführt und daselbst ein möglichst großer Viehbestand beschafft oder herangezogen werden. Es ist eine hohe nationale und volkswirtschaftliche Aufgabe der deutschen Reichsregierung, die Kolonien durch die Verbesserung aller Verkehrsmittel, insbesondere durch den Bau von Eisenbahnen, aufzuschließen, sowie die Bildung von aufnahmefähigen Märkten in jeder Beziehung zu fördern. Die Einwanderer sind durch Erleichterungen weitgehender Art bei dem Erwerb von Land und der Beschaffung von Vieh und Material zu unterstützen.

Minister v. Bülow. (Zurück.) Der erste Referent begrüßt es sehr freudig, daß der Landwirtschaftsrat die koloniale Frage auf seine Tages-Ordnung gesetzt habe. Grundsätzlich muß als Hauptaufgabe betrachtet werden, in möglichst großem Maßstabe die Eingeborenen für die Landwirtschaft zu erziehen und von ihnen in selbständigen Betrieben die Bodenproduktion ausüben zu lassen. Die Hauptaufgabe ist, wie in jeder gesunden Volkswirtschaft, daß in den kolonialen Gebieten nach Möglichkeit viel an Landprodukten wie an Vieh erzeugt wird, und dieses Ziel wird am meisten gefördert durch die Erziehung des Eingeborenen zu selbständigen Arbeit. — In der Diskussion nahm zuerst das Wort Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg: Keine kolonialpolitische Debatte möchte ich entziehen, sagte er dabei u. a., sondern nur Ihnen und Ihrem Präsidenten danken, daß die deutsche Landwirtschaft auch unseren landwirtschaftlich-kolonialen Fragen endlich anfängt, Interesse entgegenzubringen und aufzuhören mit dem Gedanken, daß unsere deutschen Kolonien etwas anderes sind als unser deutsche Heimat, und daß sie sich in ihren Kreisen mehr damit beschäftigen, auszuweichen, dem jüngeren Sohn oder einem, dem es zu enge geworden ist, draußen ein neues Heim aufzusuchen, wo er deutsch und deutscher Landwirt bleiben kann. Nach allem, was wir in den letzten Monaten an leitender Spitze gesehen haben, wissen wir, daß jetzt ein ganz anderer vernünftiger Weg gegangen wird, der wohl geeignet ist, unser Land draußen bei deutschen Heimat praktisch anzugliedern. Ich rechne dazu in erster Linie die Förderung der Landwirtschaft und — was Südafrika betrifft, — die Viehzucht. Ich glaube, daß Sie es einem Sohne Mecklenburgs nicht verübeln werden, wenn ich es ausbreite, daß ein Staatsgebilde nur dann blühen und gedeihen kann, wenn seine Wurzeln in der Landwirtschaft liegen. (Beifall.) Ich glaube, daß in dieser Beziehung besonders Südafrika eine große Zukunft haben wird. Was Ostafrika betrifft, so wird man hier vorsichtig beginnen müssen. Dort gilt es, zuerst Bahnen und Verkehrswege zu schaffen und dann auf wissenschaftlich unterfuchtem Boden Landwirte anzusiedeln. Ich schließe mit dem Wunsch, daß sich die Leiter der deutschen Landwirtschaft warm der Landwirte draußen annehmen und ihnen mit Rat und Tat beistehen möchten. Möge als Grundsatz immer gelten: Das Ausland draußen ist ein Teil des Deutschen Reiches!

Aus aller Welt.

— Das Unglück von Needen versetzte den Heizer Blas vom Linien Schiff Mittelbach in solche Erregung und Bestürzung, daß er den Kopf völlig verlor. Blas war Bergmann von Beruf und hatte auf der Grube Needen gearbeitet. Der Brief eines Betters, der den Tod vieler Schul- und Arbeitskameraden meldete, verschlimmerte den Zustand. Blas wollte heim. Er fürchtete, keinen Urlaub zu erhalten und verließ heimlich sein Schiff und seinen Standort. Auf der Heimreise benutzte er teils die Bahn, teils wanderte er zu Fuß. Um mancherlei Entbehrungen erreichte er die Heimat und lehrte bei seinen Verwandten ein. Dort fand er Ruhe und kam zur Besinnung. In Neunkirchen stellte er sich freiwillig auf dem Bezirkskommando. Das Kriegsgericht ließ Milde walten und erkannte wegen unerlaubter Entfernung über sieben Tage und Tragens von Zivilkleidern auf die Mindeststrafe, 44 Tage Gefängnis.

— 200 000 Mark für ein paar Lieder. Wie aus New York berichtet wird, hat die Melba ihre Abreise nach England verschoben, weil sie mit einer New Yorker Photographengesellschaft einen einmündigen Kontrakt abschloß, um in dieser Zeit für die Apparate der Gesellschaft einige Lieder zu singen. Das vereinbarte Honorar für diese einmündige Tätigkeit beträgt 200 000 Mk., ohne die Tantiemen. Mit den Tantiemen dürfte sich die respektable Summe noch beträchtlich erhöhen.

Wetter-Aussichten.

Auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte.

17. März: Teils heiter, teils bedeckt, Niederschläge, heftiger Wind.